

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil: G. Fontane, für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, für den übrigen redakt. Theil: J. Kopsfeld, sämtlich in Bosen.

Verantwortlich für den Inzeratenthell: J. Klugkist in Bosen.

Posener Zeitung

Abtundneunzigster

Jahrgang.

Inzerate werden angenommen in Bosen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ...

Ar. 398

Donnerstag, 11. Juni.

1891

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, ...

Inzerate, die fest-gesparte Zeitzeile oder deren Raum ...

Deutschland.

Berlin, 10. Juni.

Nationalliberale Organe suchen jetzt die national-liberale Partei von den Bochumer Vorgängen voll-ständig reinzuwaschen. Indem wir unser definitives Urtheil ...

In Fürth hat, wie die „Münch. Neuest. Nachr.“ melden, das katholische Pfarramt einem Freimaurer das kirchliche Begräbniß verweigert, weil nach Bestimmung der geistlichen Oberen ...

Die „Kreuzzeitung“ trauert über die Toleranz der hallischen Professoren und der preussischen Regierung. Die Universität Halle hat im vorigen Jahre einen Juden, in diesem einen Katholiken zum Rektor gewählt, obwohl ihr Lehrkörper fast ganz evangelisch ist und ihr Statut nur evangelische Lehrer zulassen will. Freilich, wenn eine Stadt wie Berlin sich bei seinem Oberbürgermeister und Stadtverordnetenvorsteher über konfessionelle Bedenken hinwegsetze, dann dürfte man sich nicht wundern, wenn auch die Verhöf. per der Universitäten für dieselben kein Verständnis zeigen. — Es ist allerdings traurig, daß das Verständnis für den Konfessionalismus immer mehr weicht und für die Humanität — trotz der noch fortblühenden Juden- und der vom „Evangelischen Bund“ betriebenen Katholikenbeize — immer mehr zunimmt. Wir haben für den Schmerz der „Kreuzztg.“ volles Mitgefühl, fürchten aber, daß sie noch Schlimmeres erleben wird.

Auch in Marburg hat, wie die „Röln. Volks-Ztg.“ meldet, eine Vertreter-Versammlung der Studenten-Korporationen den Beschluß gefaßt, an der von der Leipziger Studentenschaft ange-regten Stiftung eines Ehrenhumpens für den Fürsten Bis-marck sich nicht zu betheiligen.

Aus dem niederrheinisch-westfälischen Industriebezirk. 10. Juni. In der gegenwärtig gegen die Redakteure der ultra-montanen „Westf. Volksztg.“ zu Bochum vor der Essener Straf-kammer stattfindenden gerichtlichen Verhandlung wurde auch das Verhältnis des Bochumer Vereins zu dem in Bochum er-scheinenden „Rhein.-Westf. Tagebl.“ zur Sprache gebracht und dabei durch Zeugen bewiesen, daß das letztgenannte Blatt von der national-liberalen Partei des Wahlkreises Bochum subventionirt wird. Die Leser dürfte es interessieren, über die Geschichte des „Rhein.-Westf. Tagebl.“ und dessen Verhältnis zur national-liberalen Partei etwas Näheres zu vernehmen. Bei den eröfneten Wahlkämpfen zwischen der ultramontanen und der national-liberalen Partei hatte die letztere den mächtigen Einfluß der „Westf. Volks-zeitung“ in einer Weise kennen gelernt, die ihr den Gedanken nahe legte, ein ähnliches Organ für sich zu gründen, um mit dessen Hilfe namentlich die evangelischen Arbeiter der national-liberalen Partei zu erhalten. Die Gelegenheit zur Verwirklichung dieses Planes war um so günstiger, als sich in der Person des Herrn Hoppstädter, des bisherigen Redakteurs des „Märkischen Sprechers“ in Bochum, ein Mann fand, der durch seine Vergangenheit (er war ein aus dem Arbeiterstande hervorgegangener Autodidakt und Protestant) geeignet erschien, die evangelischen Arbeiter zu führen. Ein reicher Bochumer Pfandleiher kaufte im Vertrauen auf die Opferwilligkeit der national-liberalen Großindustriellen des Wahlkreises eine Druckerei, die Partei gründete das „Rheinisch-Westf. Tagbl.“ und engagierte Herrn Hoppstädter als Leiter. Dieser rechtfertigte das in ihn gesetzte Vertrauen, da er durch Wort und Schrift die liberale Partei bestieg und mit solchem Erfolge bekämpfte, daß bei der Wahl der national-liberalen Kandidat, Herr Dr. Haarmann, die Stimmen sämtlicher evangelischer Arbeiter auf sich vereinigte und mit ca. 4000 Stimmen Majorität siegte. Zum Dank für die „rettende That“ des Herrn Hoppstädter verpflichteten sich die Großindustriellen, ihren Bedarf an Druckfachen vornehmlich in der Hoppstädterschen Druckerei zu decken und das Blatt direkt und indirekt zu subventio-niren. Namentlich aber war es der „Bochumer Verein“, der sich die Verbreitung des „Rheinisch-Westfälischen Tageblatt“ unter seinen Arbeitern angelegen sein ließ und die Redaktion inspirirte. Dieses Verhältnis bestand vor beiderseitigen Zufriedenheit, bis im Mai 1889 ganz unerwartet der große Bergarbeiterstreik ausbrach und sämtliche Arbeiter mit sich fortrück. Das „Rhein.-Westf. Tagbl.“, das zu einem heiderseitigen Entgegenkommen rief, hierbei aber ebenso wenig die Großindustriellen, als die Arbeiter befriedigte, sah sich nunmehr von beiden Seiten verlassen. Die Arbeiter bestellten in Masse das Blatt ab und die Großindustriellen entzogen der Druckerei die Druckaufträge. Dazu kam noch, daß die gegen Herrn

Hoppstädter wegen seiner wiederholt zu Gunsten der berechtigten Forderungen der Arbeiter gemachten Auslassungen erbitterten Groß-industriellen ihn in der „Rhein.-Westf. Ztg.“ bestig angriffen. Die hierauf folgenden ebenso scharfen Erwidrerungen Hoppstädters hatten zur Folge, daß man ihm den Stuhl vollends vor die Thür setzte und ihm kundthat, daß er gehen könne, was er denn auch that. Der durch dieses Ereigniß am härtesten getroffene Besi-zer des Blattes troch nunmehr vor den national-liberalen Reichstag demüthig zu Kreuz, übertrug die Redaktion dem bis-herigen zweiten Redakteur und wartete ruhig ab, bis sich der Born der Großen, zu denen namentlich Herr Geheimrath Baare gehörte, gelegt hatte und er wieder in Gnaden angenommen wurde. Angesichts des Umstandes, daß die neuen Reichstagswahl-ten heranrückten und man doch wieder sein eigenes Preshorgan für den Wahlgang haben mußte, trat man denn auch wieder mit dem „Rheinisch-Westfälischen Tageblatt“ in Unterhandlung, die dahin führte, daß der derzeitige Redakteur plötzlich entlassen und an seine Stelle Herr Dr. phil. Radwiz, Oberlehrer a. D. aus Thüringen, zum Chefredakteur bestellt wurde. Die Berufung dieses Herrn hat ihre eigene Geschichte, die wir den Lesern nicht vorehntlich wollen. Nachdem man lange vergeblich Umschau nach einem ge-eigneten Manne gehalten hatte, wandte man sich an die königl. Regierung zu Arnberg und Düsseldorf mit der Anfrage, ob man nicht einen regierungsfreundlichen Mann für die Stelle habe, worauf von Herrn Regierungspräsidenten v. Berlepsch in Düssel-dorf, dem jetzigen Minister, dessen Studiengenosse Herr Radwiz empfohlen wurde. Die national-liberale Partei setzte sich darauf sofort mit dem genannten Herrn in Verbindung, bot ihm ein Jah-resgehalt von 7000 Mark und eine Anstellung auf 10 Jahre, ein Anerbieten, das der Herr Oberlehrer a. D. natürlich freudig accep-tirte. Von den 7000 M. Gehalt zahlt die national-liberale Partei 5000, den Rest von 2000 zahlt der Verleger. Uebrigens soll die Parteileitung mit den Erfolgen des Herrn Dr. Radwiz keineswegs ganz zufrieden sein, denn bei den Arbeitern hat er mit seiner Schreibweise und seinem öffentlichen Auftreten bis jetzt wenig Glück gehabt. Im Uebrigen geht er mit den Großindustriellen durch Dick und Dünn, was Herr Hoppstädter nicht that. Wie lange das Verhältnis der National-liberalen Bochums zum „Rhei-nisch-Westfälischen Tageblatt“ unter diesen Umständen noch dauern wird, ist eine Frage, die wir nicht entscheiden wollen, die für Eingeweihte aber leicht zu beantworten ist.

Aus dem Gerichtssaal.

\* Essen, 9. Juni. In dem Bochumer Steuerprozeß hat die telegraphisch schon übermittelte Erklärung des Staats-anwalts, welche derselbe auf Wunsch des Vertheidigers des Baare abgab, wie folgt, gelautet: Staatsanwalt Sandmeier: „Ich bin leider nicht in der Lage, schon heute eine bestimmte Erklärung abzugeben. Es finden bereits seit Sonnabend Nachmittag vor dem Untersuchungsrichter zu Bochum Zeugenvernehmungen statt, wie weit die Sache gediehen ist, kann ich aber leider nicht sagen. Soviel kann ich allerdings bereits mittheilen: Die Zeugen-vernehmungen bei dem Untersuchungsrichter in Bochum sind ja noch nicht beendet, allein dieselben haben bisher für Herrn Geh. Kommerzienrath Baare nicht im geringsten etwas Belastendes ergeben dafür, daß derselbe von Anfertigung falscher Stempel irgend etwas gewußt hat. Davon ist bis jetzt in keiner Weise etwas erwiesen. Ob nun die Zeugenvernehmung bis Donnerstag oder Freitag zu Ende kommen wird, so daß es vielleicht möglich sein dürfte, die Baareschen Strafanträge mit der gegenwärtigen Sache zu verbinden, kann ich noch nicht sagen.“

Die Verhandlungen am Mittwoch bezogen sich zunächst auf die Bilanz des Bochumer Gußstahlvereins, deren Richtig-keit der Angeklagte Redakteur Zusangell bestritten hatte. Auch sei der Vertrag ungerechtfertigt zwischen dem Gußstahlverein und den Gemeinden, wonach der Verein von seiner Reineinnahme nur 60 Prozent an die Stadt Bochum und 40 Prozent an andere vier Gemeinden zu versteuern hat. Es wird von Herrn Baare zuge-geben, daß der Werth des Hüttenfuhrwerks, welcher etwa 20 000 Mark betrage, nur mit 1 Mark gebucht sei, in der Erwägung, daß das Fuhrwerk nicht das Mindeste einbringe, sondern nur Geld koste und daß von demselben alljährlich Abschreibungen vorgenommen würden. Es wird ferner festgestellt, daß die Gratifikationen und Tan-tisemen vom steuerpflichtigen Reingewinn in Abzug gebracht sind. Oberbürgermeister Brenzel (Hagen) als Sachverständiger erklärt einen Vertrag als Grundlage der Besteuerung für gesetzlich nicht zu-lässig. Auf die Frage des Vertheidigers nach der Vertheilung der Verwaltungsratshandlungen unter die 7 Mitglieder verweigert Herr Baare die Auskunft. Ebenso gut könne man ihn fragen, ob er jemand vergiftet hätte. — Ueber die doppelte Buchung der Gehälter giebt alsdann Baare folgende Erklärung ab: „Diese doppelte Buchung geschah keineswegs, um die Steuerbehörde zu hintergehen, sondern wir machten den Versuch, vier Fünftel der Gehälter baar auszusahlen und ein Fünftel als Pension u. den Beamten gut zu schreiben. Dieser Versuch wurde jedoch nur ein einziges Jahr gemacht, da sich dabei schließlich Unzuträglichkeiten herausstellten. — Die Beweisvernehmung wendet sich alsdann der Anklage zu auf Grund des § 130 des Straf-Gesetz-Buches (öffentliche Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten). Baare beruft sich in dieser Beziehung auf die Schmäh- und Drohbrie-fe, die er erhalten. Bürgermeister Lange als Zeuge bekundet eine Aufreizung, welche die Artikel des Herrn Zusangell selbst unter den Marktweibern veranlaßt hätten, dieselben hätten geschimpft über zu hohe Besteuerung. Zu Gewaltthätigkeiten sei es nicht gekommen. Zusangell bemerkt, daß er selbst auch Drohbrie-fe empfangen, welche zur Verlesung gelangen. — Oberbürgermeister Volkmann theilt auf Befragen des Präsidenten mit, daß er aus Anlaß der inkrimi-nirten Artikel von der Regierung aufgefordert worden sei, eine höhere Einschätzung bei allen Benutzten vorzuschlagen, und wenn dieselbe von der Einschätzungskommission nicht geneh-migt würde, Berufung einzulegen. „Ich war deshalb genöthigt, diese höhere Einschätzung vorzunehmen, wozu mir indeß das Material gefehlt hat.“ — Präsi.: Wurde bei diesem Verfahren auch Geh.

Nath Baare berücksichtigt? — Zeuge: Jawohl, Geh. Nath Baare wurde auch sofort von der 17. in die 19. Einkommensteuerstufe eingereiht, es bedeutet das eine Mehreinnahme von 14 000 M. — Präsi.: Die Einnahme des Geh. Nath Baare wurde auf 39 000 Mark geschätzt, während dieselbe thatsächlich 110 000 Mark betragen haben soll? — Zeuge: Ich habe bereits bemerkt, daß mir Mate-rial nicht zur Seite stand. — Präsi.: Herr Geh. Nath Baare, waren denn in den Jahren 1887/88 Ihre Einnahmen erheblich niedriger als 1889? — Baare: Nein.

Es folgen nun wieder unwesentliche Verhandlungen über Steuer-einschätzungen. Sodann bekundet Polizeimeister Böhm, daß aus Anlaß der inkriminirten Artikel die Erregung eine sehr große gewesen sei und auch befürchtet wurde, es könnte zu Gewaltthätig-keiten kommen. Thatsachen dafür liegen aber nicht vor. — Polizei-kommissar Nohe bekundet, daß er vor Gewaltthätigkeiten auf seiner Hut gewesen sei. Thatsachen vermag Zeuge indeß nicht anzugeben. — Armenhaus-Verwalter Klose, der alsdann als Zeuge er-scheint, bekundet, daß von der Armenhausverwaltung verschiedentlich Lebensmittel unterm Preise verkauft worden seien, daß der Bürger-meister Lange sich im Armenhause Möbel habe anfertigen lassen, ohne den üblichen Preis dafür zu zahlen, und daß er, Bürgermeister Lange, auf Kosten der Armenverwaltung im Armenhause kostspielige Abendessen veranstaltet habe. — Bürgermeister Lange: Der Zeuge habe wegen ungehörigen Verhaltens gegen die Hospitaliten und Nachlässigkeit im Amte entlassen werden müssen. Die Lebens-mittel seien zum Marktpreise verkauft worden und zwar, weil sie in anderer Weise nicht zu verwerthen waren, für die angefertigten Möbel sei der richtige Preis bezahlt worden. Es haben nicht kost-spielige Abendessen stattgefunden, sondern die Mitglieder der Armen-verwaltung, die unter jenem Vorworte stundenlang Sitzungen abge-halten, haben sich einige Erfrischungen holen lassen, die allerdings der Armenverwaltung auf Rechnung gesetzt wurden, daß irgendwo einmal Akten verschwunden seien, sei unwar. — Präsi.: Zeuge Klose, womit wollen Sie beweisen, daß Akten verschwunden seien? — Zeuge: Weil ich die betreffenden Akten nicht mehr gesehen habe. — Oberbürgermeister Brenzel (Hagen) begutachtet, daß er in dem von dem Bürgermeister Lange beobachteten Verfahren keine Ungehörigkeit finden könne. Im Weiteren bemerkt Oberbürger-meister Brenzel auf Befragen des R.-A. Tewaag, daß Irrungen bei Steuereinschätzungen überall vorkommen. — Armenhaus-Ver-walter Metner bekundet, daß die Armenhaus-Bewohner Anstands-anzüge erhielten, weil die ihrigen zu sehr abgerissen waren. Es sei üblich, daß diese Leute unter Aufsicht von Magistratsdienern zu öffentlichen Arbeiten verwendet werden. — Der Präsident erklärt hierauf die Beweisaufnahme für geschlossen. Am Don-nerstag finden die Plaidoyers des Staatsanwalts und der Rechts-anwälte statt.

lokales.

Bosen, 11. Juni.

\* Für Volksschullehrer sind einige Entscheidungen von Wichtigkeit, die neuerdings Direktor Kügler im Auftrage des Mi-nisters gefaßt hat. Danach ist einem im Disziplinarwege ent-lassenen Lehrer nach erfolgter Wiederanstellung im öffentlichen Volksschuldienste bei der Gewährung staatlicher Alterszulagen die gesammte Dienstzeit im öffentlichen Schuldienste anzurechnen. Sin-gegen ist bei Gewährung solcher Zulagen für Lehrer und Leh-re-rinnen an Volksschulen die Anrechnung der Beschäftigung an Privat-schulen grundsätzlich ausgeschlossen. Endlich sollen Rektoren, die an Knaben- oder Mädchen-Mittelschulen angestellt sind, als ordentlicher Lehrer der öffentlichen Volksschule nicht angesehen werden und daher auch nicht in den Genuß staatlicher Dienst-alterszulagen treten.

—b. Die Baracke am Fort Brittwitz ist gestern geräumt worden. Die 3 Familien, welche sich noch zuletzt darin befanden, wurden nach dem Hause der Obdachlosen überführt.

—b. Diebstahl. Im Wartesaal für die Passagiere der dritten und vierten Klasse auf dem hiesigen Bahnhof wurde gestern früh einem Maurer aus Allenstein ein Koffer gestohlen, in welchem sich eine Anzahl Kleider und 18 Mark baar befanden. Der Dieb ist bisher nicht ermittelt.

—b. Verhaftungen. Gestern Abend wurde auf dem Wil-helmshaus ein Arbeitsbursche verhaftet, der am Pferdebaunhalte-platz sich dem Publikum als Gepäckträger aufdrängte. — Ein neun-jähriger Knabe, der sich schon längere Zeit umhertreibt, statt in die Schule zu gehen, wurde heute Morgen in der Breslauerstraße ver-haftet, wo er in einem Stalle genächtigt hatte. — Gestern Abend um 7 Uhr bemerkte ein Schutzmann, daß ein Arbeiter in einem Korbe Enten trug, die an den Füßen gebunden waren. Da das mit Recht als Thierquälerei angesehen wird, so hielt er den Mann an und forderte ihn auf, seinen Namen zu nennen, was jener so undeutlich that, daß der Schutzmann ihn trotz wiederholten Fragens nicht bertheben konnte. Als der Schutzmann um schließlich in seiner Aufforderung dringender wurde, antwortete der Arbeiter überhaupt nicht mehr und wollte seinen Weg fortsetzen; der Schutzmann hielt ihn aber fest, worauf der Arbeiter beleidigende Worte fallen ließ und sich dadurch seine Verhaftung zuzog.

\* Aus dem Polizeibericht von Mittwoch. In Polizei-ge-währsam genommen: ein total Betrunkener. Verloren: eine goldene Broche. Gefunden: ein goldener Ring, ein schwarzer Regenschirm.

Wollmärkte.

W. Bosen, 11. Juni. [Original-Bericht.] Zu dem morgen offiziell beginnenden Wollmarkt haben bereits seit gestern die Zufuhren begonnen und betragen bis gegen Abend über 2000 Ztr. Seit heute früh haben dieselben etwas grö-ßeren Umfang angenommen und nach ungefährer Schätzung bis heute Mittag die Höhe von ca. 8000 Ztr. erreicht; jedoch dürfte das diesjährige Quantum keineswegs dem vorjährigen

